Ausschuss für Kinder, Jugend, Soziales und Integration

B E K A N N T M A C H U N G

zur 16. Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend, Soziales und Integration
am Montag, den 22.10.2018, 18:33 Uhr
in das Dorfgemeinschaftshaus im Stadtteil Sondheim, Zum Aschberg 4, 34576 Homberg (Efze)

Tagesordnung

1.	Kindertagesstätte Wernswig hier: Außenstelle im DGH Sondheim	(SB-59/2018 2. Ergänzung)
2.	Städtebauförderprogramm „Zukunft Stadtgrün“ für das Fördergebiet Burgberg mit angrenzenden Friedhöfen, Kleingartenanlagen und Stadtpark; hier: Beteiligung von Jugendlichen	(VL-138/2017 2. Ergänzung)
3.	Anfrage der CDU-Fraktion vom 3. Oktober 2018 betr. Städtischer Streetworker	(SB-72/2018 1. Ergänzung)
4.	Verschiedenes	

Homberg (Efze), 10.10.2018

Ulrich Fröhlich-Abrecht
Ausschussvorsitzender

Homberg (Efze), den 23.10.2018

16. Sitzung
Leg.-Periode 2016 / 2021

ÖFFENTLICHE NIEDERSCHRIFT

der 16. Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend, Soziales und Integration
am Montag, 22.10.2018, 18:33 Uhr bis 19:24 Uhr

Anwesenheiten

Anwesend:
Ausschussvorsitzender Ulrich Fröhlich-Abrecht
stellv. Ausschussvorsitzende Sandra Melchior
Ausschussmitglied Jana Edelmann-Rauthe (18:55 - 19:24 Uhr)
Ausschussmitglied Gert Freund
Ausschussmitglied Marion Ripke
Ausschussmitglied Christian Utpatel

Vom Magistrat:
Erster Stadtrat Joachim Pauli
Stadtrat Ulrike Otto

Von der Verwaltung:
Herr Machiel Twisk
Frau Larissa Euler
Frau Anja Lessing
Frau Andrea Strate (KiTa Wernswig)

Gäste:
Herr Hans-Joachim Schwietering (Bundespräsident-Theodor-Heuss-Schule

Schriftführer:
Schriftführer Jan Schmitt

Sitzungsverlauf

Der Ausschussvorsitzende, Herr Fröhlich-Abrecht eröffnet um 18:33 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung und das Protokoll der letzten Sitzung werden nicht erhoben.
Für die Sitzung wird allen Anwesenden das Wort- und Rederecht eingeräumt.

Zunächst fasst der Ausschussvorsitzende die Tagesordnung kurz zusammen:
Man wolle als ersten Tagesordnungspunkt über die Außenstelle der KiTa Wernswig im DGH Sondheim sprechen. Hierfür können die Vertreter des Magistrats und die stellv. Leiterin der KiTa Wernswig, Frau Strate, Informationen geben. Er begrüßt es ausdrücklich, dass zur heutigen Sitzung der Erste Stadtrat, Herr Pauli und Frau Stadträtin Otto an der Sitzung teilnehmen, da zur 15. Sitzung des Ausschusses leider kein Vertreter des Magistrates anwesend gewesen sei.

Im zweiten Tagesordnungspunkt wolle man nochmal über das Projekt „Zukunft Stadtgrün“ sprechen. Hier insbesondere über die Beteiligung Jugendlicher.

Die Anfrage der CDU Fraktion vom 03.10.2018, welche bereits in der Stadtverordnetensitzung am 18.10.2018 behandelt wurde, wolle man im dritten Tagesordnungspunkt besprechen.

1. Kindertagesstätte Wernswig **SB-59/2018**
hier: Außenstelle im DGH Sondheim **2. Ergänzung**

Der Ausschussvorsitzende erfragt, wer hierzu Informationen geben kann. Frau Strate (stellv. Leitung der KiTa Wernswig) erklärt, dass die Räumlichkeiten zur Nutzung des DGH noch nicht ganz fertig gestellt seien. Man habe aber die Umbauarbeiten in Absprache mit Frau Peuster vom Jugendamt vorgenommen und die Genehmigung zur Nutzung als Außengruppe der KiTa Wernswig in Aussicht gestellt bekommen. Ein genauer Termin für die Inbetriebnahme gebe es allerdings noch nicht.

Frau Otto entschuldigt sich im Namen des Magistrates dafür, dass der Ausschuss mit Informationen im Vorfeld der Maßnahme übergangen worden sei. Dieses sei falsch gewesen. Sie führt aus, dass eine zusätzliche Kindergartengruppe aufgrund der vorliegenden Anmeldezahlen und dem bestehende Rechtsanspruch nötig sei. Hierbei handele es sich um eine Übergangslösung die auf 3 Jahre befristet sei.

Herr Freund erkundigt sich nach der Investitionssumme.
Frau Otto erklärt, sie könne diese nicht genau benennen, sie gehe aber davon aus, dass die Kosten aus der Instandhaltung finanziert worden seien. Zudem sei die Aufwertung und Einfriedung des Spielplatzes eine bleibende Investition für das DGH und das Dorf.
Frau Strate fügt an, dass zudem ein Sanitärbereich für 20 Kindergartenkinder geschaffen worden sei. Man habe derzeit fünf Anmeldungen, rechne aber mit deutlich mehr (bis zu 20 Kindern) für die Gruppe, wenn man diese eröffnet habe. Nach Aussage von Herrn Twisk stünden derzeit ca. 40 Kinder auf der Warteliste für einen Kindergartenplatz.

Herr Utpatel erklärt, dass es ein gutes Zeichen für die Stadt sei, wenn man weitere Kindergärten benötigt. Er frage sich aber, warum die Kindergartengruppe im Mardorfer DGH geschlossen werden müsse, man aber im DGH Sondheim nun eine neue eröffnen dürfe.
Frau Otto antwortet, dass die Schließung in Mardorf alleine mit der Emissionssituation begründet sei.

Herr Fröhlich-Abrecht fasst zusammen:
Die Außengruppe der KiTa Wernswig im DGH Sondheim sei genehmigungsfähig, da die Maßnahme in Abstimmung mit Frau Peuster vom Jugendamt erfolgt und es sich hierbei um eine zeitlich auf drei Jahre begrenzte Lösung handele.

Herr Utpatel erkundigt sich nach der praktischen Umsetzung.
Frau Strate führt aus, dass die Außengruppe mit einer Öffnungszeit von 7:00 bis 13:00 Uhr und für bis zu 20 Kinder vorgesehen sei. Hierfür seien derzeit zwei Erzieherinnen vorgesehen. Sollten 20 Kinder in der Gruppe sein, werde man hier mit drei Erzieherinnen arbeiten.
Herr Freund fragt, ob hierfür neue Stellen geschaffen worden seien.
Frau Strate bejaht dieses und Frau Otto ergänzt, dass hierfür auch Stundenverschiebungen vorgenommen worden seien.

2. Städtebauförderprogramm „Zukunft Stadtgrün“ für das Fördergebiet Burgberg mit angrenzenden Friedhöfen, Kleingartenanlagen und Stadtpark;
hier: Beteiligung von Jugendlichen **VL-138/2017 2. Ergänzung**

Der Ausschussvorsitzende erklärt zunächst, dass „Zukunft Stadtgrün“ ein Projekt der Hessischen Landesregierung aus dem Jahr 2017 sei, für das ein Zeit, -Maßnahmen und Kostenplan erstellt werden müsse.

Im Rahmen des Homberger Prozesses zeichne sich ab, dass verschiedene Projekte das unmittelbare Interesse von Jugendlichen tangieren könnten. Aus diesem Grunde seien geeignete Partizipationsformate zu entwickeln. Über diese Möglichkeiten und über den aktuellen Stand möge man sich nun im Ausschuss austauschen.

Herr Schmitt führt aus, dass zu den in der vergangenen Sitzung gegebenen Informationen, noch kein weiterer Kontakt mit Herrn Herz vom Planungsbüro foundation 5+ gegeben habe. Man habe seinerzeit bei einem Gespräch mit Herrn Herz vom Planungsbüro über die Situation von Jugendlichen in der Öffentlichkeit und dabei über die Möglichkeiten der Beteiligung der Jugendlichen an der Gestaltung von öffentlichen Plätzen im Rahmen des Projektes „Zukunft Stadtgrün“ gesprochen. Hierbei habe man gemeinsam über Vorgehensweisen beraten und seitens der Stadtjugendpflege den Vorschlag gemacht, Jugendlichen das Projekt mittels digitaler Tools zugänglich zu machen, da Öffentlichkeitsveranstaltungen hierfür weniger geeignet erscheinen. Herr Herz habe diese Vorgehensweise zugesagt und er wolle prüfen, ob dieses mit seinem Planungsbüro umsetzbar sei.

Herr Schmitt führt aus, dass man so auch erproben könne wie digitale Plattformen und / oder Tools auch über das Projekt hinaus einsetzbar sind, um Jugendliche zukünftig an politische Willensbildungsprozessen zu beteiligen und umso der durch den technischen Fortschritt verbunden veränderten Lebenswirklichkeit junger Menschen Rechnung zu tragen. Ob

aber das Planungsbüro solche Tools einsetzen werde könne er zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantworten.

Herr Fröhlich-Abrecht ergänzt, dass Jugendliche sich für die Teilnahme an Projektmaßnahmen womöglich eher begeistern lassen als für formale Beteiligungsmodelle, da Projekte zeitlich überschaubarer und besser umsetzbar seien. Hierbei erscheine es ihm sinnvoll die Schulen mit ein zu beziehen und hierfür zu werben, so wie man es zuvor auch für die Stadtjugendvertretung gemacht habe.

Frau Otto führt aus, dass die Herrmann-Schafft Schule im Projektprozess „Zukunft Stadtgrün“ beteiligt sei und diese liege auch direkt im Quartier. Die Schule wolle auf einem Grundstück direkt neben der Schule einen Lerngarten und Naturlehrpfad umsetzen.
Herr Schwietering ergänzt dass die Herrmann-Schafft Schule bereits Bienenstöcke auf besagtem Grundstück aufgestellt habe.
Auch seine Schule (THS) sei am Prozess beteiligt. Im Rahmen des Wahlunterrichts „Energie“ habe er den Schülern gemeinsam mit Frau Pankratz „Zukunft Stadtgrün“ vorgestellt. Eine Gruppe von Schülern möchte im Rahmen dessen ein „Forschungszentrum“ beplanen. Hierfür könne sich ein alter Bauwagen eignen, der im Planungsgebiet aufgestellt werden könnte. Er sehe eine gute Chance für die Umsetzung, da neben Herrn Schleicher von der Herrmann-Schafft Schule und ihm auch Herr Goldmann von der Erich Kästner Schule engagiert sei.
Frau Otto ergänzt, dass man auch die Grundschulen mit einbinden solle.

Herr Schmitt fügt an, dass ein projektorientierter Ansatz in Zusammenarbeit mit den Schulen ein erfolgversprechender Weg im Sinne der Partizipation Jugendlicher sein könnte.

Herr Pauli verweist auf die nächste Öffentlichkeitsveranstaltung zum Projekt am 1.11.2018 in der Stadthalle. Darüber hinaus könne man bei Frau Pankratz Informationen einholen und Ideen einbringen.

Frau Otto führt aus, dass die Projektkoordination Frau Pankatz und Herrn Herz vom Planungsbüro foundation 5+ obliegt.

3. Anfrage der CDU-Fraktion vom 3. Oktober 2018 betr. Städtischer Streetworker **SB-72/2018 1. Ergänzung**

Herr Fröhlich-Abrecht erläutert die Anfrage der CDU Fraktion, wonach im Rahmen des Kriminalpräventionsrates bereits erste Überlegungen zum Einsatz eines städtischen Streetworkers angestellt worden seien. Man habe daher einen Antrag in der Stadtverordnetenversammlung gestellt, um zu erfahren, welche konkreten Schritte diesbezüglich bereits unternommen worden seien und wie man weiter verfahren werde. Dies möge man nun im Ausschuss diskutieren und vertiefen.
Frau Otto führt aus, dass die Forderung nach einem Streetworker schon seit einigen Jahren bestehe. Auch im Kriminalpräventionsrat habe sich aber die Frage der Finanzierung gestellt. Man habe sich entschlossen, den Kreis mit einbinden zu wollen. Aufgabe des Kreises sei es, präventiv tätig zu sein. Auch die Polizei habe sich beim Kreis für eine Unterstützung eingesetzt. Der Kreis aber sei eher zurückhaltend, da neben Homberg auch andere Kommunen und Städte von zunehmenden Problemlagen mit jungen Menschen im öffentlichen Raum betroffen seien.

Herr Utpatel erkundigt sich, was konkret unternommen werde.
Frau Otto erklärt, dass auch von Seiten der Schulen Unterstützung gefordert werde. Homberg als Schulstandort sei besonders betroffen und habe ein Einzugsgebiet, das auch andere Gemeinden mit einbeziehe. Somit strebe man eine interkommunale Finanzierung unter Beteiligung des Kreises an. Der Bürgermeister führe derzeit intensive Gespräche mit dem Landrat und dem Ersten Kreisbeigeordneten und werde dieses auch auf einer Bürgermeisterdienstversammlung thematisieren, mit dem Ziel Anfang des kommenden Jahres eine Stellenfinanzierung zu erreichen. Aber auch die Stadt Homberg werde hierfür Geld in die Hand nehmen müssen. Frau Otto erwähnt, dass die Stadt schon mal einen Streetworker beschäftigt habe. Sie spricht sich aber dafür aus, einen Streetworker nicht in der Stadtjugendpflege anzusiedeln.
Herr Utpatel möchte wissen warum.
Herr Schmitt erläutert hierzu die Unterschiede der Arbeitsweise:
Offensichtlichster Unterschied sei, dass die Jugendlichen, mit denen die Stadtjugendpflege arbeitet, selbst in die Einrichtung kommen. Ein Streetworker sucht die Jugendlichen im öffentlichen Raum auf.
Daraus resultieren unterschiedliche Arbeitsansätze.
Das Jugendzentrum stelle einen geschützten und fachpädagogisch betreuten Ort der präventiven Arbeit da, in dem klare Regeln gelten. Diese Verhaltensklarheit ist Grundlage für die interessenorientierten Angebotsstruktur, welche gemeinsam mit den Jugendlichen Sinne einer kreativer und sinnvoller Freizeitgestaltung vorgehalten werde.
Das Rollenverständnis der Mitarbeiter sei hierbei geprägt von der Transparenz ihres konsequenten Handelns und sei Grundlage für Dialog, Beratung und Hilfe aber auch zum Schutz der jugendlichen Besucher des Jugendzentrums und der zu übernehmenden Aufsichtsverpflichtungen.
Zur verdeutlichen nennt Herr Schmitt Beispiele des unterschiedlichen Rollenverständnisses. Während z.B. berauschten Personen generell der Zugang zum Jugendzentrum verwehrt werde, könne hier ein Streetworker im Sinne des akzeptierenden Musters anders verfahren und eine individualisierte Begleitung und Hilfe offerieren.
Frau Otto ergänzt, dass letztlich ein einzustellender Streetworker die Entwicklung des Konzeptes für die aufsuchende Arbeit entwickeln solle. Hierbei solle er eng mit dem Lenkungskreis Kinder, Jugend, Soziales und Integration zusammenarbeiten. Sie spricht sich ausdrücklich für die Einstellung einer männlichen Person mit umfänglichen Erfahrungen und Kompetenzen aus. Diesen zu finden werde aber nicht einfach.
Herr Fröhlich-Abrecht wertet die Aussprache zum Thema als deutliche Willensbekundung des Ausschusses für die Einstellung eines städtischen Streetworkers und reget an, zu prüfen, ob die in der Stadtverordnetensitzung vom 18.10.2018 vorgestellte Sicherheitsinitiative „ KOMPASS“ Finanzierungsunterstützung ermögliche.

4. Verschiedenes

Hierfür gibt es keine Wortmeldungen.

Ulrich Fröhlich-Abrecht	Jan Schmitt
Ausschussvorsitzender	Schriftführer

Sachstandsbericht

- öffentlich -

Drucksache: **SB-59/2018 2. Ergänzung**

Fachbereich: **Technische Dienste**

Beratungsfolge	**Termin**
KJSI	22.10.2018

Kindertagesstätte Wernswig
hier: Außenstelle im DGH Sondheim

a) Erläuterung:

Die Kindertagesstätte Wernswig soll kurz- bis mittelfristig modernisiert und erweitert werden, weil die bestehende Einrichtung den Bedarf an Betreuungsplätzen nicht abdecken kann. Aus diesem Grund sind im „Gesamtkonzept zur Entwicklung der Kindertagesstätten in der Kreisstadt Homberg (Efze)“ (Stand: 07.09.2017) unter B. VI. entsprechende Handlungsalternativen benannt worden. Das Ergebnis einer ersten Standortuntersuchung wurde am 06.09.2018 unter Tagesordnungspunkt 5 in der Stadtverordnetenversammlung und sodann am 26.09.2018 in einer Bürgerinformationsveranstaltung in Wernswig vorgestellt. Mit einer Inbetriebnahme einer möglichen neuen Einrichtung in Wernswig ist – selbst bei optimistischer Betrachtung – keinesfalls vor Ende des Jahres 2020 zu rechnen.

Vor diesem Hintergrund wurde entschieden, den – ohnehin schon sehr ausgeprägten – „Außenbetrieb“ der Kindertagesstätte Wernswig zu institutionalisieren, um mehr Betreuungsplätze in der Einrichtung anbieten zu können. Das Dorfgemeinschaftshaus in Sondheim erfüllte die Anforderungen an eine solche Außenstelle weitestgehend. Es waren lediglich kleinere Eingriffe notwendig (insbesondere Umzäunung des Spielplatzes und Optimierung der Sanitäreinrichtungen für Kinder), um für eine temporäre Doppelnutzung des Objektes eine Betriebserlaubnis zu erhalten.

Der Ortsbeirat hatte dieser Doppelnutzung im Vorfeld bereits zugestimmt.

Sachstandsbericht

- öffentlich -

Drucksache: **VL-138/2017 2. Ergänzung**

Fachbereich: **Bauleitplanung / Klimaschutz**

Beratungsfolge	**Termin**
KJSI	22.10.2018

Städtebauförderprogramm „Zukunft Stadtgrün“ für das Fördergebiet Burgberg mit angrenzenden Friedhöfen, Kleingartenanlagen und Stadtpark;
hier: Beteiligung von Jugendlichen

a) Erläuterung:

Im Zuge der Erarbeitung des integrierten Stadtentwicklungskonzepts für das Städtebauförderprogramm „Zukunft Stadtgrün“ zeichnet sich ab, dass verschiedene Projekte, die unmittelbar die Interessen von Jugendlichen tangieren könnten, vorgeschlagen werden.

Aus diesem Grund sind geeignete Partizipationsformate zu entwickeln.

Über diese Möglichkeiten und über bereits stattgefundene Beteiligungsprozesse sollte in der Ausschusssitzung diskutiert werden.

Sachstandsbericht

- öffentlich -

Drucksache: **SB-72/2018 1. Ergänzung**

Fachbereich: **Städtische Gremien / Organisation**

Beratungsfolge	**Termin**
KJSI	22.10.2018

Anfrage der CDU-Fraktion vom 3. Oktober 2018 betr. Städtischer Streetworker

a) Erläuterung:

Im Rahmen des Kriminalpräventionsrates sind erste Überlegungen zum Einsatz eines Städtischen Streetworkers angestellt worden.
Diese könnten im Zuge der Ausschusssitzung vorgestellt und vertieft werden.